

Bericht über die Entwicklung in POLEN

Februar 1962

I. <u>Politische Ereignisse</u>	Seite:	1
1) Mehr Macht für Arbeiterräte?		1
2) Mehr einfache Mitglieder in die Parteibehörden		3
3) Zukunft der Dorfjugend		5
4) Oberschlesien an der Spitze		9
5) Ein Besuch aus Österreich		9
II. <u>Wirtschaft</u>		
Wirtschaftliche Ergebnisse des Jahres 1962		11
III. <u>Soziale und kulturelle Probleme</u>		
1) Rolle der Frau im Volkspolen		17
2) Fernsehen in Polen		18

- - - * - - - - -

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn -

I. Politische Ereignisse

1) Mehr Macht für Arbeiterräte?

Eine bemerkenswerte Tendenz zeichnet sich seit einigen Monaten auf dem Gebiete der sogen. Arbeiterselbstverwaltung in Polen ab. Die Parole, die auf der letzten Plenarsitzung des polnischen Gewerkschaftsrates (Mitte Februar in Warschau) ausgegeben wurde, hieß: "Nichts darf im Betrieb ohne den Arbeiterrat geschehen." In diesem Sinne sprachen sich sowohl die Gewerkschaftsfunktionäre als auch die eingeladenen Regierungsvertreter aus.

Es muß in diesem Zusammenhang auf die Entwicklung aufmerksam gemacht werden, die nach dem Oktober 1956 auf dem Gebiete der Arbeiterselbstverwaltung begann. Unter dem Druck der Kreise, die eine grundlegende Reform des Systems beabsichtigten, wurden gleich nach dem Umschwung die ersten Arbeiterräte als Organe der Selbstverwaltung gebildet. Nach einem halben Jahre wuchs ihre Zahl auf 3.500 und hat sich dann bis Ende 1958 mehr als verdoppelt.

Bald stellte sich aber heraus, daß diese schnelle Entwicklung der Arbeiterräte von der Parteileitung gebremst wurde. Die Arbeiterräte entzogen sich in vielen Fällen der Kontrolle des Zentralapparates, sie zeigten Merkmale einer echten Selbstverwaltung, für die es in einem kommunistischen Regime keinen Platz gibt. Es erschien aber nicht opportun, die Arbeiterräte einfach zu verbieten. So wählte man einen anderen Weg: Sie wurden vollständig entmachtet.

Ende 1958 beschloß der Sejm ein Gesetz über die Bildung der sogen. "Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung" in den Betrieben. Sie sollte aus den Vertretern des Betriebskomitees der Partei, des Betriebsrates (Gewerkschaft) und des Arbeiterrates bestehen. Der zentrale Gewerkschaftsrat sollte außerdem zu einer Art Dachorganisation für alle im Lande bestehende Arbeiterräte werden.

In diesem ausgeklügelten System verlor der Arbeiterrat jede Bedeutung. Im Betriebe wurde er vom Parteisekretär bevormundet, nach außen hin übernahmen die zentralistisch gelenkten Gewerkschaften die Vertretung seiner Interessen. Die Direktionen der Betriebe nahmen seitdem kaum noch Notiz von seiner Existenz. So führten die mit vielen Hoffnungen gegründeten Arbeiterräte über drei Jahre lang ein Schattendasein, aus dem sie jetzt unerwartet geweckt wurden. Warum dies geschah, erklärte der stellvertretende Ministerpräsident JAROSZEWICZ in einer Rede vor Gewerkschaftsfunktionären:

"Man muß sich die Frage stellen welche Gefahr eine Schwächung der Arbeiterselbstverwaltung und der Arbeiterräte mit sich bringt. Es entsteht die

Gefahr der Bürokratisierung, des Rückfalls in die alten Arbeitsmethoden und einer Isolierung von den Betriebsangehörigen."

Nach Jahren hat also die polnische Parteileitung eingesehen, daß ohne eine wirksame Mitarbeit und -Kontrolle von unten viele Probleme nicht zu lösen sind. Alle Versuche, die Wirtschaft des Landes zu sanieren und eine rationelle Arbeit der Produktionsbetriebe zu gewährleisten, scheiterten bisher an der Unfähigkeit, Bequemlichkeit und Korruption vieler Betriebsleitungen. Es kam während der letzten Beratungen der Gewerkschaftsfunktionäre oft zur Sprache, daß sich in vielen Betrieben die Macht auf drei bis vier Personen konzentriert: Fabrikdirektor, Parteisekretär, Betriebsratsvorsitzender und manchmal auch der Vorsitzende des Arbeiterrates. Wo diese vier Hand in Hand arbeiten, eine "Interessengemeinschaft" bilden, sind alle anderen Betriebsangehörigen ausgeschaltet. Die polnischen Zeitungen haben zahlreiche Schicksale wagemutiger Einzelgänger geschildert, die sich gegen die Cliquenherrschaft aufzulehnen wagten, die einen meist hoffnungslosen Kampf gegen korrupte Elemente riskierten. Die meisten dieser Menschen gingen einen unbeschreiblichen Leidensweg, niemand konnte sie wirklich vor der Rache der Cliquen schützen, und wenn sie heute nach ihren Erfahrungen gefragt werden, sagen sie offen, daß sie so etwas nie wieder riskieren würden.

Die Arbeiterräte sind theoretisch mit Befugnissen ausgestattet, die ihnen eine wirksame Kontrolle der Verwaltung erlauben würden, wenn die Partei sie aus der bisherigen Beschränkung entläßt, die durch den Einbau der Räte in die "Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung" geschaffen wurde.

Von den vielen Aufgaben der Arbeiterselbstverwaltung wurden während der letzten Sitzung des Gewerkschaftsrates zwei besonders hervorgehoben. Die Vertreter der Selbstverwaltung sollen verhindern, daß die Direktion eigenmächtig einen beschlossenen Produktionsplan des Betriebes ändert und daß sie willkürlich über sog. Betriebsfonds verfügt.

Die Produktionspläne werden von der Arbeiterselbstverwaltung beschlossen, eine Befugnis, die in den letzten Jahren von der Verwaltung als reine Formsache und nicht als absolut bindend betrachtet wurde.

Von nun an heißt es aber, daß die Beschlüsse der Arbeiterselbstverwaltung nur von den Organen dieser Selbstverwaltung geändert werden dürfen. Daß bedeutet eine beträchtliche Einschränkung der Machtfülle, die sich die Verwaltung in letzten Jahren usurpiert hat.

Wenn ein Produktionsbetrieb Gewinne bringt, wird ein Teil dieses Gewinnes als Betriebsfonds abgezweigt und kommt der Belegschaft in Form von Prämien, Zuschüssen für den Wohnungsbau, soziale Einrichtungen usw. zugute. Die Direktionen usurpierten sich auch hier Rechte, über Teile dieser Fonds zu verfügen. Sie taten es in einer Weise, die oft zweckwidrig war. Die Arbeiter-
räte sollen auch hier jeden Mißbrauch der Verwaltung verhindern.

Die Organe der Selbstverwaltung sollen jetzt also alle Rechte und Befugnisse bekommen, die ihnen auf dem Papier ohnehin seit 1956 zustanden. Ihre Beschlüsse sollen in der Zukunft die Verwaltung binden, ihre Kontrollfunktionen sollen wirklich und laufend ausgeübt werden.

Dennoch soll der Arbeiterrat dabei weiterhin in das Korsett gezwängt bleiben, daß ihm durch das Gesetz von Ende 1958 verschrieben worden ist, wenngleich sich seine Rolle innerhalb der "Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung" erhöht. Denn es ist für jeden klar, daß eine Kontrolle der Verwaltung durch die Belegschaften nur im Rahmen des Arbeiterrates erfolgen kann. Auch Parteiorganisation und Betriebsrat kontrollieren die Wirtschaftsverwaltung, aber das alles ist nicht die gewünschte Form der Kontrolle "von unten", auf die man jetzt in Polen immer größeren Wert zu legen scheint.

Die neue Tendenz des Regimes ist bemerkenswert, obwohl man sie nicht so verstehen soll, daß man zu der ursprünglichen Konzeption der Arbeiterräte vom Oktober 1956 zurückkehren will. Von einer echten Selbstverwaltung, wie sie damals zum Durchbruch kam, was später als "Revisionismus" angeprangert wurde, kann natürlich auch heute nicht die Rede sein. Die jetziger Aktivierung der Arbeiterräte beweist lediglich, daß GOMULKA und seine Umgebung nach allen möglichen Mitteln suchen, um der Kontrolle und Kritik von unten eine institutionelle feste Basis zu geben. Diese Tatsache ist wichtig genug, um hervorgehoben zu werden.

2) Mehr einfache Mitglieder in die Parteileitungen

Auch in den Parteiorganisationen soll die von unten ausgeübte Kontrolle und Kritik mehr Raum bekommen. Man will das dadurch erreichen, daß man in verschiedenen Parteileitungen mehr einfache Mitglieder aufnehmen wird.

Die höchste Parteinstanz in einer Wojewodschaft, einem Land- oder Stadtkreis ist das Parteikomitee. Die faktische Situation sieht etwas anders aus, darüber schreibt "Trybuna Ludu" am 15. Februar folgendes:

"Man weiß, daß in der Praxis das Komitee auf den zweiten Platz verdrängt wird, und seine Rolle zugunsten der Exekutive eingeschränkt wird."

Laut Statut darf die Exekutive die Parteiorganisation nur "zwischen den einzelnen Sitzungen des Komitees" leiten. Die Bestimmungen des Statuts werden aber in der Praxis dauernd übergangen, es gibt sogar noch eine weitergehende Tendenz, die Rolle der Exekutive zugunsten des "Sekretariats" einzuschränken, obwohl das Statut nur den Begriff der Sekretäre, nicht aber des Sekretariats bei den örtlichen Parteikomitees kennt.

Das Parteikomitee soll seinen Rang als höchste kollegiale Parteinstanz wiederbekommen, aber auch die Exekutive soll mehr auf einer kollegialen Basis mit dem Komitee arbeiten.

Die Parteiexekutive setzt sich aus drei Gruppen von Mitgliedern zusammen. Zuerst sind es die Sekretäre des Parteikomitees. Die zweite Gruppe bilden solche Mitglieder, die aufgrund ihrer Funktionen eine führende Rolle in der betreffenden Stadt oder dem Landkreis einnehmen. Hierzu gehören der Vorsitzende des Volksrates (entspricht etwa dem Landrat), der Leiter einer der beiden Jugendorganisationen, der Kommandant der Volksmiliz, Vertreter größerer Produktionsbetriebe usw. Und endlich kommt eine dritte Gruppe dazu, das sind sogen. Parteiaktivisten, die zwar keine leitende Funktionen in der Verwaltung ausüben, aber als Lehrer, Krankenhausleiter, Ingenieure oder Parteiveteranen einiges Ansehen genießen. Von dieser Gruppe heißt es in "Trybuna Ludu", daß sie "zahlenmässig die kleinste ist und in vielen Exekutiven überhaupt nicht existiert."

"Es fällt weiter auf, - setzt das Blatt hinzu - "daß sich im Laufe der letzten Jahre in den Exekutiven die Zahl jener Menschen erheblich vergrößert hat, die im administrativen Leben des Kreises eine führende Rolle spielen."

Das Parteiorgan wirft die Frage auf, ob es den Parteiinteressen wirklich dienlich ist, wenn in den Exekutiven ausschließlich bezahlte Parteifunktionäre und leitende Personen aus der Kreisverwaltung sitzen. "Trybuna Ludu" räumt ein, daß ihre Anwesenheit in der Exekutive die Arbeit dieser Parteieninstanzen leichter macht. Trotzdem aber birgt diese Situation nach Ansicht des Blattes ernste Gefahren in sich. Es handele sich nämlich darum, daß die Regierenden die Situation immer mehr anderen Augen sähen, als die Regierten, auch wenn sie sich, wie in diesem Falle, zu der gleichen Ideologie bekennen würden:

"Arbeiter oder Ingenieur, Bauer oder Dorflehrer kennen die Folgen der Arbeit eines Parteikomitees und der Kreisbehörden. Sie kennen sie besser als diejenigen, die selbst die Arbeit der Kreisverwaltung leiten."

Die Regierenden seien verständlicherweise geneigt zu glauben, daß sie das Volk gut regierten. Einfache Parteiaktivisten wüßten aber in den meisten Fällen besser darüber Bescheid, wie die wirkliche Stimmung unter der Bevölkerung sei. Sie hätten Kontakt mit den Massen und könnten der Selbstzufriedenheit der Bürokratie entgegenwirken. Voraussetzung dazu sei allerdings, daß sie in den Parteiexekutiven ein Mitspracherecht besäßen, was sie nur dann geltend machen könnten, wenn sie Mitglieder dieser Exekutiven seien. Die Zahl dieser Mitglieder in jeder Exekutive sei beschränkt. Wolle man dem "dritten Partner" in den Exekutiven eine Position sichern, so müsse das natürlich auf Kosten mancher Lokalgrößen geschehen, für die es dann in den Exekutiven keinen Platz geben werde. Das Blatt schreibt unumwunden, daß es nirgends geschrieben stehe, daß ein Milizkommandant (Polizeichef) immer der Parteiexekutive angehören müsse. Die Mitgliedschaft der Parteiexekutive sei mit keinem bestimmten Posten in der Verwaltung verbunden, und in den Parteileitungen müsse sich Platz für einfache Mitglieder finden, die den Hauptamtlichen aufgrund eigener Erfahrungen voraussagen könnten, welche praktische Folgen diese oder jene Beschlüsse haben würden.

3) Zukunft der Dorfjugend

Eine der zwei lizenzierten Jugendorganisationen in Polen, der "Verband der Dorfjugend", ist in den sechs Jahren seines Bestehens zu einer Massenorganisation geworden, die heute mehr als 600.000 Jugendliche auf dem Lande umfaßt.

Etwa 17 % der Dorfjugend ist in dem Verband, der in jedem zweiten Dorf eine Zelle besitzt, organisiert. Die andere Jugendorganisation, der "Verband der Sozialistischen Jugend", wirkt in den Städten und hat eine unwesentlich größere Mitgliederzahl (Etwa 650.000).

Der "Verband der Dorfjugend" untersteht zumindest theoretisch nicht nur den Kommunisten, sondern auch der Bauernpartei. Der Einfluß der Bauernpartei auf die ideologische Generallinie des Verbandes und auf die allgemeine Jugendpolitik des Staates ist minimal. Die oberste Leitung des Verbandes besteht hauptsächlich aus Kommunisten, die nach den Direktiven ihrer Partei handeln. Anders sieht aber die Situation aus, wenn man die einzelnen Ortsgruppen des Verbandes betrachtet. Dort sind die Politiker aus der Bauernpartei zu Hause und dort können sie die jungen Verbandsmitglieder leichter beeinflussen. Insgesamt beträgt die Anzahl von Parteimitgliedern beider Richtungen unter den Verbandsmitgliedern ca 56.000, davon sind 42.000 Kommunisten und 14.000 Mitglieder der Bauernpartei.

Dieser Charakter der Organisation ist das Resultat eines Kompromisses, der nach dem Oktober 1956 von den geschwächten Kommunisten geschlossen werden mußte und der in den kommunistischen Kreisen keineswegs als ideal betrachtet wird.

Man hält es aber in der "Vereinigten Arbeiterpartei" nicht für opportun, gegenwärtig etwas an dem Tatbestand zu ändern, und versucht, aus der Not eine Tugend zu machen. Es ist ohnehin für jeden Kommunisten klar, daß eine rein kommunistische Jugendorganisation niemals eine so große Mitgliederzahl aufweisen könnte.

In der zweiten Februarhälfte fand der II. Kongreß des "Verbandes der Dorfjugend" statt. Unter den prominenten Gästen des Kongresses befand sich auch der I. Sekretär der PZPR, GOMULKA. Seine Ansprache an die jungen Bauern illustrierte, mit welchen Mitteln das Regime die Dorfjugend zu gewinnen versucht.

GOMULKA sprach kaum von den Pflichten der Jugend gegenüber dem "sozialistischen Vaterland", sondern versuchte den Delegierten zu erklären, daß ihr persönliches Interesse mit der Umgestaltung der Landwirtschaft in sozialistischem Sinne eng verbunden ist.

Der Parteichef hielt den jungen Bauern vor, daß ihre Eltern und noch sie selbst in einer völlig unproduktiven Arbeit auf den kleinen Bauernhöfen, Tag für Tag sich abrackern. Diejenigen, die in die Städte ausgewandert seien, hätten es viel leichter und besser. Das brauchte GOMULKA nicht zu beweisen, weil es jedem jungen Menschen auf dem Lande ausreichend bekannt ist. Unter diesen Umständen kann es nicht wundern, daß die meisten jungen Leute in die Städte streben.

Die Industrie könne aber, so sagte GOMULKA weiter, nur einen Teil der jungen Dorfbewohner gebrauchen. Die anderen müßten sich nun damit abfinden, daß sie auf dem Lande bleiben und sich der Arbeit in der Landwirtschaft widmen müßten.

Warum, so fragte GOMULKA, sollten diese jungen Menschen es schlechter haben als ihre Brüder, die in die Städte gezogen sind? Die Arbeit in der Landwirtschaft müsse nicht für alle Ewigkeit mit schwersten körperlichen Anstrengungen verbunden sein:

"Nicht alle sind sich der Tatsache bewußt, daß der Prozeß der Angleichung der Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft und der Industrie in unserem Lande schnell fortschreiten und einen vielseitigen Einfluß auf das Leben im Dorfe ausüben wird. Wir befinden uns heute erst in der ersten Phase dieses Prozesses und machen auf diesem Wege wirklich erst die ersten Schritte."

In den kommenden 10 Jahren werde sich im polnischen Dorf vieles ändern, versprach GOMULKA. In dieser Zeit werde die Elektrifizierung der Dörfer beendet sein, die Zahl der Traktoren verfünffache sich, die Landwirtschaft bekomme mehrere Hunderttausend moderne Maschinen. Der Verbrauch der Kunstdüngemittel könne sich mehr als verdreifachen. Mechanisierung, Elektrifizierung und verstärkter Einsatz der Chemie machten die Ausbildung und den Einsatz von einigen Hunderttausenden gelernter Traktoristen, Mechaniker, Elektriker usw. notwendig. Diese sollen aus der heutigen Landjugend ausgesucht und geschult werden. Die sei eine der wichtigsten Aufgaben des Jugendverbandes für die Zukunft.

In der modernen, mechanisierten Landwirtschaft könne man kürzer und leichter arbeiten. So würden sich die Lebensbedingungen eines Bauern jenen eines Arbeiters angleichen. Die jungen Menschen, die dazu verurteilt seien, auf dem Lande zu bleiben und zu arbeiten, können sich einfach nicht wünschen, in der bisherigen Weise weiter zu leben. Die Zukunft gehöre kollektiven Formen der Arbeit in der Landwirtschaft. GOMULKA vermied es jedoch, in diesem Zusammenhang von Kolchosen zu sprechen, sondern empfahl der Dorfjugend, die Arbeit der Bauernzirkel zu unterstützen.

Das Problem der Gewinnung der jungen Generation für die "sozialistische Umgestaltung" des Dorfes wurde von GOMULKA geschickt angepackt. Trotzdem läßt sich schwer sagen, ob seine Argumente die Masse der Jugend überzeugen können. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf dem Lande ist eine Frage der Zukunft, einer Zukunft, die sich nicht jeder junge Mensch in rosigen Farben vorstellen kann, wenn er die jetzigen primitiven Lebensbedingungen mit denen in der Stadt zu vergleichen sucht. Was auf dem Lande als eine unsichere Zukunft erscheint, ist in den Städten schon Wirklichkeit. Die bisherige Praxis bewies außerdem, daß alles, was auf dem Lande unternehmungslustig war, die Flucht in die Stadt ergriff. Geblieben sind dagegen solche, die von Natur aus träger, bequemer, konservativer und weniger erfinderisch waren.

Es war bis jetzt ein vergebliches Unterfangen, die wirklich wertvollen, aktiven Elemente unter der Dorfjugend der Arbeit in der Landwirtschaft zu erhalten. Es kam während des Kongresses zur Sprache, daß von den bestimmt nicht allzu zahlreichen Traktoren, die der Landwirtschaft zur Verfügung stehen (ca. 70.000) nicht weniger als 2.000 unbenutzt stehen, weil es keine Traktoristen gibt. Diejenigen, die man ausgebildet hat, sind längst in die Städte gezogen, um dort als Mechaniker oder Metallarbeiter die erworbenen Kenntnisse zu nutzen.

Gerade die tatkräftigsten Elemente unter der Bauernjugend, die für die Argumentation GOMULKAS ein offenes Ohr haben könnten, wollen nicht auf dem Lande bleiben. Diejenigen dagegen, die sich dort zu bleiben entschlossen, haben von ihren Vätern den Hang zum Konservatismus und das Mißtrauen gegen alle Veränderungsversuche geerbt. Auf ihre Unterstützung kann der Parteichef kaum rechnen. Will er aber die anderen für die Arbeit in der Landwirtschaft gewinnen, so muß er diese Arbeit viel attraktiver, als sie heute ist, machen.

Dazu gehört in erster Linie mindestens eine Angleichung des Einkommens der Landbevölkerung an das Niveau in den Städten.

4) Oberschlesien an der Spitze

Die stärkste Parteiorganisation in Polen befindet sich im östlichen Teil Oberschlesiens, der verwaltungsmässig zur Wojewodschaft Kattowitz gehört. Im "Ruhrgebiet Polens" gibt es mehr als 160.000 eingeschriebene Parteimitglieder (insgesamt sind es in Polen ca. 1,3 Millionen Mitglieder und Kandidaten). Allein während des vergangenen Jahres vergrößerte sich die Zahl der Mitglieder in dieser Wojewodschaft um 25.000.

An der Spitze der obererschlesischen Parteiorganisation steht als I. Wojewodschaftssekretär ein Mann, den man in Warschau als den "besten Gauleiter" GOMULKAS bezeichnet: Edward GIEREK. Zwischen den beiden Weltkriegen war er Kumpel in den Kohlengruben Nordfrankreichs und Belgiens. Heute gehört er zu den einflußreichsten Männern der Umgebung GOMULKAS. Er ist der einzige unter den Wojewodschaftssekretären, der gleichzeitig Mitglied des Politbüros und des Sekretariats des Zentralkomitees ist. Er pendelt ständig zwischen Kattowitz und Warschau hin und her und scheint alle die zahlreichen Aufgaben, die ihm aufgrund seiner vielen Funktionen zufallen, mit Leichtigkeit zu bewältigen.

GIEREK gilt als großartiger Organisator und als ein Mensch, der sich mit den einfachen Arbeitern gut versteht. In eingeweihten Kreisen Warschaus sieht man in ihm einen der aussichtsreichsten Kandidaten für die eventuelle Nachfolge GOMULKAS. Die starke Position der obererschlesischen Parteiorganisation muß zum großen Teil als Verdienst des Mannes bezeichnet werden, der für manche in Polen als "Geheimtip" für die Zukunft gilt.

5) Ein Besuch aus Österreich

Betont aufmerksam, man möchte sagen beinahe herzlich, empfing das offizielle Warschau den österreichischen Vize-Kanzler Dr. Bruno PITTERMANN, der am 2. Februar zu einem mehrere Tage dauernden Besuch nach Polen kam. Die Presse in Polen wies aus Anlaß dieses Besuches auf die Tatsache hin, daß sich die Beziehungen zwischen Polen und Österreich auf den Gebieten des Außenhandels und des kulturellen Austausches sehr gut entwickeln.

Der polnische Ministerpräsident CYRANKIEWICZ gab in einem Toast seiner "großen Freude über den Besuch unseres Hohen Gastes" Ausdruck. Er bezeichnete die Beziehungen zwischen den beiden Ländern als "ein gutes Beispiel der realen Möglichkeiten einer friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systemen".

CYRANKIEWICZ stellte fest, daß die konkrete Verwirklichung des Prinzips der friedlichen Koexistenz heute "die wichtigste Aufgabe ist, die vor jedem Land steht", und gab der Überzeugung Ausdruck, daß heute die wichtigsten Streitfragen durch "ausdauernde Bemühungen", Gespräche und Verhandlungen gelöst werden müssen und können.

Es waren nicht nur die sich tatsächlich günstig entwickelnden Außenhandelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern, die die polnischen Gastgeber zu einem so ostentativ freundlichen Empfang der österreichischen Delegation veranlaßten. In politischen Kreisen Warschaus erklärte man die Aufmerksamkeit, mit denen die Gäste aus Wien überschüttet wurden, u.a. damit, daß Polen das neutrale Österreich als das Land betrachtet, das in Zukunft als Vermittler und Brücke zu den Ländern der EWG benutzt werden könnte. Polen befürchtet, daß die fortschreitende wirtschaftliche Integration Westeuropas auf die Dauer seine Handelsbeziehungen zu diesen Ländern empfindlich stören könnte und sucht nach Wegen, die die in der Zukunft auftretenden Schwierigkeiten mildern können. Österreich als ein präsumptives assoziiertes Mitgliedsland der EWG könnte, so meint man in Warschau, bei diesen Bemühungen eine nicht geringe Rolle spielen.

II. Wirtschaft

1) Wirtschaftliche Ergebnisse des Jahres 1961

Das vergangene Jahr wird zu den erfolgreichsten in der Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung in den Nachkriegsjahren gehören. Die Hauptursache dafür ist eine sprunghafte Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, die zum großen Teil auf außergewöhnlich günstige klimatische Bedingungen zurückzuführen ist, zum Teil aber auch als Erfolg der gemäßigten Politik GOMULKAS anerkannt werden muß.

Zum ersten Male nach dem Kriege ist die prozentuelle Zuwachsrate der landwirtschaftlichen Produktion fast so groß wie in der Industrie. Um 10,5 % erhöhte sich im Vergleich zum vorhergehenden Jahre die Produktion der Industrie, um 10 % die der Landwirtschaft.

Aus dem umfangreichen Kommuniqué des Statistischen Amtes entnehmen wir folgenden Informationen:

Industrie:

Während sich die Gesamtproduktion der staatlichen Industrie um 10,5 % erhöhte, verlief diese Steigerung in manchen Zweigen wesentlich schneller. Die entsprechenden Prozentzahlen betragen für Elektrotechnik - 20,5 %, für Chemie - 19,1 % und für Maschinenbau - 18,7 %. Die Textilindustrie dagegen konnte ihre Produktion nur um 6,9 % steigern, die Leder und Schuhindustrie sogar nur um 0,3 %.

Bei einzelnen wichtigeren Erzeugnissen erreichte man folgende Quoten:

<u>Erzeugnis:</u>	<u>Maßeinheit:</u>	<u>Erfüllung:</u>	<u>1960 = 100</u>
Elektrische Energie	Mio kWh	32,208	110
Steinkohle	Mio to	106,6	102
Braunkohle	"	10,3	111
Koks	"	12,6	105
Rohstahl	"	7,2	108
Walzgut	"	4,8	109
Alluminium	Taus. to	47,6	183
Zink	"	182,0	104
Kupfer (elektrolitisch)	"	22,3	102
Werkzeugmaschinen	Taus. Stück	22,2	99
Elektromotoren	"	1230	111
Güterwaggons	"	13,5	97
Traktoren	"	12,4	140
Motorräder	"	166	111
Fahrräder	"	500	101
Hochseeschiffe	" DWT	205	80
Rundfunkempfänger	" Stück	581	93
Fernsehempfänger	" "	231	135
Schwefel	" to	132	519
Schwefelsäure (100%)	"	794	116
Kalziniertes Soda	"	536	101
Ätznatron	"	186	107
Stickstoffdünger (100%)	"	282	104
Phosphordünger (100%)	"	235	114
Zement	"	7359	112
Zellulose	"	310	106
Papier	"	542	108
Baumwollstoffe	Mio m	710	107
Wollstoffe	"	78	98
Zucker	Mio to	1,5	109

Unerwartet kommt der Rückschlag in der sich sonst schnell entwickelnden Schiffsbauindustrie. Die Untererfüllung des Planes soll aber im Januar d.J. schon wiedergutmacht worden sein. In manchen Fällen erklärt sich der Rückgang der Produktion durch eine Sättigung des Binnenmarktes (rundfunkempfänger). Die sprunghafte Erhöhung der Schwefelförderung (519 %) ist darauf zurückzuführen, daß neue Schwefelgruben erschlossen wurden.

Landwirtschaft:

Die Produktion erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahre um über 10 % und wurde damit um 6 % höher als geplant. Die gesamten Ernteerträge waren um 12 %, die Erzeugnisse der Tierzucht um ca 9 % höher als im Jahre 1960. Bisher war die Relation dieser zwei Gruppen der landwirtschaftlichen Produktion umgekehrt. Die Erzeugnisse der Tierzucht erhöhten sich schneller als die Ernteerträge.

Die Ernte der wichtigsten Erzeugnisse gestaltete sich folgendermassen:

	<u>Gesamternte</u>		<u>Hektarerträge</u>	
	in mio to	1960 = 100	in dz	1960 = 100
4 Getreidesorten	15,5	109	18,1	112
Weizen	2,8	122	20,1	125
Roggen	8,4	106	17,1	111
Gerste	1,3	103	19,9	123
Hafer	3,0	107	18,5	110
Kartoffeln	45,3	120	161	107
Zuckerrüben	11,6	113	275	122

Im Juni 1961 betrug der Rinderbestand 9,2 Mio Stück und lag um 5,4 % höher als im Vorjahre. Die Zahl der Schweine betrug 13,4 Mio (6,5 % mehr), die der Schafe 3,5 Mio (4,6 % weniger) und die der Pferde 2,7 Mio (2,7 % weniger).

Die Zahl der Bauernzirkel betrug Ende 1961 über 25 000 (10 % mehr), die Zahl ihrer Mitglieder 920 000 (um 15 % mehr). Bauernzirkel gab es am Ende des vergangenen Jahres in 60 % der polnischen Dörfer.

Die seit 1956 stagnierende Zahl der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften betrug 1889. Sie erreichten höhere Hektarerträge als die Einzelbauern und Staatsfarmen.

Bei den vier Getreidesorten betragen sie 19,4 dz, was einer Erhöhung um 6,6 % entspricht.

Auch in den Staatsfarmen erzielte man bessere Ergebnisse als in früheren Jahren. Die Hektarerträge für die 4 Getreidesorten betragen 16,3 dz, das war um 0,9 dz mehr als im Vorjahre. Bessere Erträge erzielte man auch bei Kartoffeln. Die Rindierzahl erhöhte sich um 17,7 %, die Schweinezahl um 25,1 %. 3208 Staatsfarmen (61 % der Gesamtzahl) arbeiteten im vorigen Jahr rentabel.

Die Anzahl der Traktoren in der Landwirtschaft erhöhte sich um 12,1 % und betrug ca. 70.000. 63,4 % der Einzelbauernhöfe waren Mitte vergangenen Jahres elektrifiziert (im Jahre 1960 - 58,2 %) Die entsprechenden Zahlen für Produktionsgenossenschaften betragen 68,5 % (64,3 %), für Staatsfarmen 90 % (89,2 %).

Investierungen

Die Investauflagen in der Staatswirtschaft betragen 93,6 Milliarden Zloty und erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 8,2 %. In einzelnen Zweigen der Wirtschaft betragen sie:

	<u>In Milliarden Zloty</u>	<u>1960 = 100</u>
Industrie	43,2	112
Bauwesen	2,8	90
Landwirtschaft	7,8	114
Transport und Verbindungswesen	11,5	114
Handel	3,1	99
Kommunale Wirtschaft und Wohnungsbau	17,0	105
Wohnungsbau allein	12,7	106
Volksbildung, Wissenschaft	4,9	96
Gesundheitswesen, Wohlfahrt körperliche Erziehung	2,1	93

Die Zahl der erstellten Wohnräume betrug 247 000 bei einem jährlichen Bevölkerungswachstum von etwa einer halben Million.

Außenhandel

Ca. 1,5 Milliarden Dollar betrug der Wert des polnischen Exports im vergangenen Jahr. Das bedeutet eine Erhöhung um 13,5 %. Importiert hat Polen um fast 200 Millionen Dollar mehr, wobei sich der Wert des Imports um 12,9 % steigerte.

Folgende Prozentzahlen, die den Anteil der einzelnen Warengruppen an dem Export und Import darstellen, spiegeln die strukturellen Veränderungen des polnischen Außenhandels in den letzten zwei Jahren wider:

	1960	1961
<u>Export</u>	100	100
Maschinen, industr. Ausrüstungen, Transportmittel	28	28
Brenn- und Rohstoffe	43,8	39,1
landwirtschaftliche Erzeugnisse	18,1	21,5
industrielle Massenbedarfsartikel	10,1	11,4
<u>Import</u>	100	100
Maschinen, industr. Ausrüstungen Transportmittel	27,1	29,1
Brenn- und Rohstoffe	51,5	49,7
landw. Erzeugnisse	16,0	15,3
industrielle Massenbedarfsartikel	5,4	5,9

Brenn- und Rohstoffe bilden noch immer die stärkste Gruppe im polnischen Export, obwohl ihr Anteil sich ständig verkleinert. Die zweitstärkste Gruppe bilden die Maschinen und industrielle Ausrüstungen. In den letzten Jahren erhöhte sich der Anteil dieser Gruppe sprunghaft, diese Entwicklung wurde aber im vorigen Jahre nicht fortgesetzt. Den Export landwirtschaftlicher Produkte insbesondere in die westeuropäischen Länder konnte Polen dagegen im vorigen Jahre nicht unwesentlich erhöhen.

Auch auf der Seite des Imports stehen die Brenn- und Rohstoffe an erster Stelle, den zweiten Platz nehmen die Maschinen ein. Der Maschinenimport hat steigende Tendenz. Dagegen konnte die Einfuhr der landwirtschaftlichen Produkte im erfolgreichen Jahre 1961 etwas gebremst werden.

Nationaleinkommen

Es betrug im Jahre 1961 417 Milliarden Zloty, was eine Erhöhung um 8 % bedeutet. Die Planziele wurden dabei sehr stark übertroffen (man plante eine Erhöhung nur um 5 %). Dies ist auf die Erfolge der Landwirtschaft im vergangenen Jahre zurückzuführen.

Bevölkerung

Die Gesamtzahl der Bevölkerung überstieg kurz vor dem Ende des vergangenen Jahres die 30-Millionen-Grenze. Davon leben fast die Hälfte in den Städten (14,6 Millionen) und mehr als die Hälfte auf dem Lande (15,5 Millionen). Der Geburtenüberschuß, der seit 1957 ständig absinkt, betrug im Jahre 1961 13,1 Promille (verglichen mit 14,9 Promille im Jahre 1960.)

Beschäftigung und Bruttolöhne

Die Gesamtzahl der Beschäftigten in der Staatswirtschaft betrug 7.230.000 Personen und erhöhte sich um 3,4 %. Der durchschnittliche Bruttolohn für die ganze Wirtschaft betrug 1.736 Zloty, das waren 4 % mehr als im Vorjahre. Die Reallöhne erhöhten sich dagegen um ca. 3 %.

Die Industrie beschäftigte etwas über drei Millionen Menschen (um 2,9 % mehr). Die durchschnittlichen Bruttolöhne betragen in diesem Zweig der Volkswirtschaft 1907 Zloty. Die höchsten Löhne erzielten die im Bauwesen beschäftigten Personen (über 2.000 Zloty). Seit Jahren behauptet man in Polen, daß dieses Lohnniveau durch organisierte Manipulationen der Baufirmen künstlich gehalten wird, obwohl gerade die Arbeitsdisziplin der Bauarbeiter viel zu wünschen übrig läßt.

Die Löhne im Transport, Handel und in der kommunalen Wirtschaft sind niedriger als die Durchschnittslöhne der Gesamtwirtschaft. Am schlechtesten werden die im Handel beschäftigten Personen entlohnt (monatliche Durchschnittshöhe 1449 Zloty). Diese Tatsache erklärt u.a., warum gerade im Handel so viele Eigentumsdelikte vorkommen.

Schulwesen

Am Unterricht in den Grundschulen nahmen im vergangenen Jahre fast 5 Millionen Schüler teil. Das waren um 3,5 % mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Mittelschüler dagegen erhöhte sich um 15 % und betrug fast 300.000. In den Berufsschulen lernten fast eine Million Schüler, was eine Erhöhung fast um ein Fünftel bedeutete. Die Zahl der Studenten betrug 172.000 und erhöhte sich um fast 7.000. Diese ungleichmässigen Zahlen in den verschiedenen Altersstufen spiegeln die komplizierten Strukturwandlungen der Altersgruppen der polnischen Bevölkerung wider, die die Folgen der Ausrottungspolitik der Besatzer während des Krieges und des Geburtenbooms nach dem Kriege sind.

III. Soziale und kulturelle Probleme

1) Die Rolle der Frau im Volkspolen

"Alle Versuche, die Rolle der Frau in einer den Sozialismus aufbauenden Gesellschaft einzuschränken, widersprechen der politischen Linie der Partei und der Volksmacht."

Dies stellte der Vorsitzende des Statsrates, Aleksander ZAWADZKI, während des Kongresses der polnischen Frauenliga Mitte Februar in Warschau fest. ZAWADZKI mußte allerdings zugeben, daß es noch sehr viele Rückfälle in die alten Gewohnheiten gibt. Viele sonst als fortschrittlich bekannte Menschen hielten sich in dieser Hinsicht nicht an die Parteilinie.

Es läßt sich aber nicht bestreiten, daß trotz gelegentlicher Widerstände die Position der Frau im heutigen Polen nicht mit der der Vorkriegszeit zu vergleichen ist. Heute ist jede zweite erwachsene Frau in den Städten berufstätig. Die Zahl der berufstätigen Frauen beträgt heute über 2,5 Million., was eine Verdoppelung im Vergleich zur Vorkriegszeit bedeutet.

Allein in der Industrie arbeiten 1 Millionen Frauen, also dreimal mehr als vor dem Kriege. Die Zahl der Studentinnen, die die Hochschulen absolvieren, liegt heute viermal höher als in der Mitte der dreißiger Jahre, allerdings hat sich auch die Gesamtzahl der Hochschulstudenten vervierfacht.

Die Zahl der berufstätigen Frauen erhöhte sich zwar stark, man kann aber im allgemeinen nicht behaupten, daß eine Arbeiterin für ihren Beruf heute besser vorbereitet ist. Nur 17 % der Arbeiterinnen absolvierten eine Grundform der Berufsschule. Die entsprechende Prozentzahl bei den Männern liegt auch sehr niedrig, ist aber immerhin doppelt so hoch.

Obwohl ein Drittel der Industriearbeiter Frauen sind, gibt es in Polen nur 104 weibliche Fabrikdirektoren. Dagegen ist die Position der Frauen in der Wissenschaft und in den freien Berufen wesentlich stärker. Es gibt unter ihnen zahlreiche bedeutende Wissenschaftler, Architekten, Ärzte, Pädagogen usw.

Im Parlament (Sejm) gibt es bei 450 Abgeordneten 60 Frauen. Unter den Ministern, Politbüromitgliedern und ZK-Sekretären keine.

In der Verwaltung (Volksräte) nehmen die Frauen einen relativ bescheidenen Platz ein, in der sogen. Arbeiterselbstverwaltung sind kaum Frauen vertreten.

2) Fernsehen in Polen

Am Ende des vergangenen Jahres betrug die Zahl der Fernsehteilnehmer in Polen ca. 615.000. Diese Zahl kann einem Westeuropäer kaum imponieren. Die Zeitschrift "Polityka" (vom 5. 2.) glaubt aber, daß diese Zahl den wirklichen Einfluß des Fernsehens in Polen, vor allem in der polnischen Provinz, nicht ausreichend widerspiegelt.

In den Großstädten Polens gibt es ca. 370.000 Tausend Besitzer von Fernsehapparaten, in der Provinz beträgt ihre Zahl mehr als eine Viertelmillion. Die Zahl der Fernseher berechnet man für gewöhnlich durch das Multiplizieren der Fernsehapparate mit 5. "Polityka" meint, daß dies nur für die größeren Städte gelten darf. In der Provinz wird diese Zahl höher sein. Im Endergebnis berechnet die Zeitschrift die Zahl der Fernseher auf etwa 5 Millionen. Ende 1962 wird die Zahl der Fernsehapparate schon 900.000 betragen, und in wenigen Jahren wird sie das Niveau Westeuropas erreichen.

Das kulturelle Gefälle in Polen ist sehr groß. Größere Städte und die Provinz sind ganz verschiedene Welten. Bisher ist es nicht gelungen, dieses Gefälle merklich auszugleichen. Für die Television eröffnet sich hier eine reale Möglichkeit, entscheidend an der Beseitigung dieses Gefälles mitzuwirken. Das Fernsehen kann zwar nicht als einziges Mittel zur kulturellen Angleichung der Provinz an die Großstädte betrachtet werden, es ist aber das relativ billigste und am schnellsten wirkende Mittel zur Vorbereitung dieser Angleichung.